

	Seiten
Vorwort	III
Benutzungshinweise	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Literaturverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XVII

A: Methodik der Fallbearbeitung

I. Die Klausur, das ungeliebte Wesen – eine kurze Bestandsaufnahme	1
1. Die juristische Klausur und ihre Herausforderungen	1
2. Die Existenzberechtigung einer juristischen Klausur unter dem Blickwinkel ihres Beliebtheitsgrades	1
II. Die Klausur als Bindeglied zwischen Klausurersteller und Klausurbearbeiter	2
1. Die Konzeption einer Klausuraufgabe – wie der Klausurersteller die Fallprobleme verteilt...2	2
2. Der „rote Faden“ in einer Klausur – wie der Klausurbearbeiter die verschiedenen Fallprobleme erkennt	2
3. Der Klausurersteller als Partner des Klausurbearbeiters	3
4. Die Erwartungen des Klausurerstellers an den Klausurbearbeiter	3
III. Grundlegende Klausurtechniken	3
1. Erfassung und Auswertung von Sachverhalt und Aufgabenstellung	3
1.1 Die Erfassung des Sachverhalts	3
1.1.1 „Der Sachverhalt ist heilig“	4
1.1.2 Mögliche Probleme bei der Sachverhaltsermittlung	4
1.1.3 Sachverhaltsabwandlungen	5
1.1.4 Hilfsmittel zur Aufbereitung des Sachverhalts	5
1.1.5 Die Rechtsansichten der Beteiligten	8
1.2 Das Erfassen der Aufgabenstellung	9
1.3 Die Berücksichtigung der Bearbeitungshinweise	10
1.4 Die Berücksichtigung spezieller Hilfsmittel	11

2. Die Suche nach den einschlägigen Rechtsvorschriften	11
2.1 Die Ermächtigungs- bzw. Anspruchsgrundlage	11
2.2 Normenkonkurrenzen und Normenkollisionen	12
2.2.1 Vorrang bei unterschiedlicher Rangordnung	13
2.2.2 Vorrang bei gleicher Rangordnung	13
2.2.1 Vorrangregeln bei Grundrechtsprüfungen.....	13
2.3 Problematische Fälle im Zusammenspiel von Spezialregelungen und allgemeinen Regelungen (<i>Rückgriff auf allgemeine Regelungen bzw. Ergänzung durch allgemeine Regelungen</i>)	14
2.3.1 Das Verhältnis von Spezialregelungen zu §§ 48, 49 VwVfG	14
2.3.2 Das Verhältnis von Spezialregelungen zu § 36 VwVfG	14
2.4 Argumentationsfiguren bei Gesetzeslücken	15
2.4.1 Der Analogieschluss.....	15
2.4.2 Der Umkehrschluss	15
2.4.3 Der Erst-recht-Schluss	15
2.4.4 Die teleologische Reduktion.....	16
2.4.5 Die Kehrseitentheorie.....	16
3. Allgemeine Anforderungen an Ermächtigungs- bzw. Anspruchsgrundlagen	16
3.1 Der Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes	16
3.2 Die Verfassungsmäßigkeit der Norm	17
3.3 Die Verwaltungsaktbefugnis.....	17
4. Der Vorgang der Subsumtion	18
4.1 Zerlegung der Ermächtigungs- bzw. Anspruchsgrundlage in Tatbestands- und Rechtsfolgenseite.....	20
4.2 Die Tatbestandsseite der Ermächtigungs- bzw. Anspruchsgrundlage	20
4.2.1 Das Zusammenspiel verschiedener Rechtsvorschriften erkennen.....	21
4.2.2 Abgrenzungsschwierigkeiten bei entscheidungserheblichen Tatbestandsvoraussetzungen	21
4.2.3 Der Aufbau der Tatbestandsprüfung.....	23
4.2.4 Der Umgang mit bestimmten und unbestimmten Rechtsbegriffen	23
4.2.5 Die Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe in der Klausurbearbeitung	24
4.2.6 Die Zuordnung des Sachverhalts unter die Tatbestandsmerkmale der Ermächtigungs- bzw. Anspruchsgrundlage	26
4.3 Die Rechtsfolgenseite der Ermächtigungs- bzw. Anspruchsgrundlage	26
5. Die Darstellung im Gutachten- und Urteilsstil	27
5.1 Der Gutachtenstil.....	28
5.1.1 Sinn und Zweck des Gutachtenstils – eine Frage nach der Existenzberechtigung dieser Darstellungsmethode	28

5.1.2	Die Vorgehensweise beim Gutachtenstil	28
5.2	Die Vorgehensweise beim Urteilsstil.....	29
5.3	Die Gegenüberstellung von Gutachtenstil und Urteilsstil.....	30
IV.	Die Anfertigung einer Lösungsskizze (bzw. „Arbeitsgliederung“)	31
V.	Die Niederschrift der Lösung	33
1.	Inhaltliche Aspekte bei der Lösungsniederschrift	33
1.1	Erkennen der Fallprobleme und richtige Schwerpunktsetzung	33
1.2	Inhaltlicher Umfang der Fallprüfung	33
1.3	Eingehen auf Meinungsstreitigkeiten	34
1.4	Inhaltliche Probleme bei der Niederschrift	35
1.4.1	„Unlösbare“ Fallprobleme.....	35
1.4.2	Alternative Lösungswege / alternative Lösungen	35
1.4.3	Erforderlichkeit eines Hilfsgutachtens	36
2.	Formale Aspekte bei der Lösungsniederschrift	38
2.1	Gliederung.....	38
2.2	Absätze und Verweisungen	39
2.3	Zwischenergebnisse.....	40
2.4	Sprachliche Darstellung	40
2.5	Orthographie, Grammatik und Interpunktion.....	41
2.6	Verwendung von Abkürzungen	41
2.7	Beachtung sonstiger Formalien	41
VI.	Richtiges Zeitmanagement bei der Klausurbearbeitung	42
1.	Die Zeitplanung für die Vorbereitungsarbeiten	44
2.	Die Zeitplanung für die Lösungsniederschrift	44

B: Tipps zur optimalen Klausurvorbereitung

I.	Bestandsaufnahme – die typischen Mängel in einer verwaltungsrechtlichen Klausurbearbeitung	45
1.	Typische Fehler im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten	45

1.1	Unzulängliche Erfassung des Sachverhalts.....	45
1.2	Unzulängliche Erfassung der Aufgabenstellung und der Bearbeitungshinweise.....	45
2.	Typische Fehler bei der Niederschrift der Lösung	46
2.1	Unstrukturierte Darstellung der Lösung	46
2.2	Unzulänglichkeiten bei der Verwendung von Rechtsbegriffen und beim Zitieren von Normen.....	47
2.3	Übereilte Prüfung im Hilfsgutachten.....	47
2.4	Nichtbeachtung des Gutachtenstils.....	47
2.5	Verfehlte Gewichtung der Fallprobleme und unzureichende Schwerpunktsetzung	47
2.6	Mängel in der äußeren Form (<i>Schriftbild, Orthographie und Grammatik</i>)	47
II.	Die optimale Vorbereitung auf eine Klausur	48
1.	Das Trainieren wichtiger Fertigkeiten	48
1.1	Übungen zum Auffinden der Ermächtigungs- bzw. Anspruchsgrundlage	48
1.2	Übungen zum Herausarbeiten und Trennen von Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolge bei Ermächtigungs- bzw. Anspruchsgrundlagen.....	51
1.3	Übungen zum Auffinden der Fallprobleme und zur richtigen Gewichtung.....	53
2.	Aktuelle Gerichtsentscheidungen und Fallbearbeitungen heranziehen	55
3.	Training durch Übungsklausuren.....	55
4.	Teilnahme an Klausurbesprechungen	56
5.	Durcharbeiten der Korrekturhinweise.....	56
6.	Die körperliche und mentale Vorbereitung auf die Klausur	57
6.1	Der Umgang mit Prüfungsangst.....	57
6.2	Die Selbstmotivation.....	57
6.3	Das Ausschalten von Störfaktoren.....	57
6.4	Die körperliche Vorbereitung.....	58
7.	Die Zusammenstellung der Hilfsmittel für den „Tag X“	58
III.	12 Tipps für das optimale Verhalten in der Klausursituation.....	59
IV.	Letzte Worte.....	62
V.	Allgemeine Lerntipps.....	62

C: Fälle und Lösungen

Fall Nr.:	Titel und Kurzbeschreibung	Seite:
1	„Aller Anfang ist schwer“ Formelle und materielle Rechtmäßigkeitsprüfung eines „Fehlerbescheids“	63
2	„Auktionator mit Finanzproblemen“ Rechtmäßigkeitsprüfung der Rücknahme einer Gewerbeerlaubnis	71
3	„Renitente Hausbesetzer“ Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen für den Erlass einer auf die polizei- und ordnungsrechtliche „Generalklausel“ gestützten Räumungsverfügung gegen Hausbesetzer (<i>Fallbearbeitung mit Bezügen zum Polizei- und Ordnungsrecht</i>)	79
4	„Verhängnisvolle Heimfahrt“ Zulässigkeit und Begründetheit eines Anfechtungswiderspruchs gegen den Widerruf einer Waffenerlaubnis nach § 45 II 1 WaffG	87
5	„Gefährliches Freizeitvergnügen“ Zulässigkeit und Begründetheit eines Anfechtungswiderspruchs gegen die Aufhebung einer Reisegewerbeerlaubnis nach § 49 VwVfG und gegen ein Fortführungsverbot nach § 60 d GewO	97
6	„Friseur mit Prüfungspsychose“ Zulässigkeit und Begründetheit eines Verpflichtungswiderspruchs gerichtet auf Erteilung einer Ausnahmegewilligung zur Eintragung in die Handwerksrolle gem. § 8 I HwO	109
7	„Kein Pardon für Rock ´n´ Roll“ Zulässigkeit und Begründetheit einer Anfechtungsklage gegen die zeitgleich mit einer Gaststättenerlaubnis beigefügten Auflage nach § 5 I Nr. 3 GastG und eines nachträglich im Widerspruchsbescheid erlassenen Alkoholverbots nach § 19 GastG	117
8	„Freie Fahrt für Panzerkurier“ Zulässigkeit und Begründetheit einer Verpflichtungsklage gerichtet auf Erteilung einer straßenverkehrsrechtlichen Ausnahmegenehmigung gem. § 46 I Nr. 11 StVO zum Befahren einer Fußgängerzone	131
9	„Klassenfahrt mit Hindernissen“ Zulässigkeit und Begründetheit einer Fortsetzungsfeststellungsklage eines Schülers gegen den Ausschluss von einer Klassenfahrt	139
10	„Live-Video-Peep-Show“ Zulässigkeit und Begründetheit eines Antrags nach § 80 V VwGO; Überprüfung der Rechtmäßigkeit eines auf § 15 II 1 GewO beruhenden gewerblichen Fortführungsverbots	151

11	„Vorsicht Arzt!“ Zulässigkeit und Begründetheit eines Antrags nach § 80 V VwGO; Überprüfung einer Ruhensanordnung nach § 6 I BAO	163
12	„Das Haus in guten Händen“ Aktenfall mit Bezügen zur Bescheidtechnik; Zulässigkeit und Begründetheit eines Anfechtungswiderspruchs gegen ein Fortführungsverbot nach § 15 II 1 GewO sowie Entwurf eines Widerspruchsbescheids (<i>Rubrum, Tenor u. Rechtsbehelfsbelehrung</i>)	173
13	„Tutti Frutti“ Zulässigkeit und Begründetheit einer Anfechtungsklage gegen das Gebot, zwei auf dem Gehweg platzierte Gegenstände zu entfernen und das Verbot des Austeilens von Handzetteln (<i>im Wege der kumulativen Klagehäufung</i>)	185
14	„Radfahrer in Not“ „Anfänger-Übung“ im (<i>Teil-</i>)Fach Bescheidtechnik; Entwurf einer Ordnungsverfügung	203